

Umgestaltung des Olivaer Platzes

Rot-grünes Verwirrspiel

Nach langer Diskussion hat der Stadtplanungsausschuss mit rot-grüner Mehrheit die Bedingungen für einen Gestaltungswettbewerb zum Olivaer Platz beschlossen. Klar ist aber trotzdem nur eines: Der Umbau des Platzes soll im kommenden Jahr beginnen. Streitpunkt bleibt vor allem die Frage, ob der Parkplatz auf dem östlichen Teil des Platzes verzichtbar ist.

Ein eigens für den Ausschuss eingeholtes Verkehrsgutachten stärkte dabei die Position der CDU. Deren verkehrspolitischer Sprecher, Stefan Evers, hatte die Forderung der linken Parteien nach einer Abschaffung oder mindestens massiven Verringerung der Stellplätze auf und am Platz stets als unrealistisch zurückgewiesen. Er warnte vor einem extremen Parkdruck und zunehmendem Parksuchverkehr in den Nebenstraßen. Seine Fraktion be-

grüßte das Gutachten als „Stimme der Vernunft“, die aber bei SPD und Grünen ungehört verhallte. Trotz des von den Experten nachgewiesenen Parkplatzbedarfs und gleichlautenden Forderungen von Anwohnern und Gewerbetreibenden rund um den Olivaer Platz sieht der nun verabschiedete Antrag weiterhin eine Platzgestaltung ohne Stellplätze vor.

Evers: Antrag ist eine Farce

Der Form halber sollen die Wettbewerbsteilnehmer aber jeweils einen weiteren Entwurf einreichen, in dem die Hälfte der Stellplätze erhalten bleibt. Evers kritisierte den SPD-Antrag deshalb als Farce. Er habe noch nie von einem Gestaltungswettbewerb gehört, bei dem die Teilnehmer zwei Entwürfe mit unterschiedlichen Voraussetzungen einreichen sollen. „Das ist doch ein reines Wahlkampfmanöver von SPD und Grünen. Ganz offensichtlich

wollen sie keine Stellplätze auf dem Platz, trotz der eindeutigen Gutachten und gegen die Interessen der Gewerbetreibenden und Kiezbewohner. Aber sie haben vor dem Wahltag Angst vor einem klaren Bekenntnis.“

Die CDU setzt sich für eine moderate Verringerung der Stellplatzzahl auf dem Olivaer Platz ein. Der Grünflächenanteil des Platzes soll durch eine effiziente Umgestaltung des Parkplatzes deutlich steigen. Auch dafür hatten die Gutachten großes Potenzial aufgezeigt. Das letzte Wort ist in der Angelegenheit übrigens trotz der linken Mehrheit womöglich noch nicht gesprochen. Evers ist sich sicher, dass der SPD-Antrag rechtswidrig ist: „Ein Gestaltungswettbewerb ist nicht dazu gedacht, eine politische Grundsatzentscheidung hinauszuzögern oder zu verschleiern. Das Thema wird garantiert wieder auf die Tagesordnung kommen.“



Der Olivaer Platz, hier eine Aufnahme vom März dieses Jahres, soll im kommenden Jahr umgebaut werden. Geht es nach SPD und Grünen, werden viele Parkplätze weichen müssen. Foto: Wecker

CDU-Antrag in der BVV angenommen

Bezirk wird Fairtrade-Town

Die Bezirksverordnetenversammlung (BVV) hat sich auf Antrag der CDU einstimmig verpflichtet, künftig Fairtrade-Produkte zu verwenden.

Anfang Juni soll es so weit sein: In einer feierlichen Zeremonie wird dem Bezirk Charlottenburg-Wilmersdorf der Titel „Fairtrade-Town“ verliehen. „Fairtrade“ ist ein Synonym für die Gewissheit, dass die Lebens- und Arbeitsbedingungen von Bauern und Beschäftigten durch fairen Handel ihrer Produkte verbessert werden. Seit Januar 2009 ist es in Deutschland wie in vielen anderen Teilen möglich, dass sich Kommunen um den Titel „Fairtrade-Town“ bewerben. Voraussetzung ist eine Selbstverpflichtung der Kommune, fair gehandelte Produkte zu verwenden. Außerdem ist der Nachweis zu erbringen, dass eine ausreichende Anzahl an Geschäften und gastronomischen Betrieben vor Ort Fairtrade-Produkte führen. In Berlin ist

Charlottenburg-Wilmersdorf nun Vorreiter und folgt damit dem guten Beispiel von Städten wie Frankfurt oder Saarbrücken.

Stefan Evers, Bezirksverordneter der CDU und Initiator des Antrags, sieht die Selbstverpflichtung der BVV zu fair gehandeltem Kaffee und Tee als eine Selbstverständlichkeit an: „Als Politiker tragen wir Verantwortung und erfüllen eine Vorbildfunktion. Unser Schritt mag nur ein kleiner sein, aber er bringt Fairtrade in Charlottenburg-Wilmersdorf voran.“

Wichtig sei nun, gemeinsam mit der örtlichen Steuerungsgruppe der Kampagne „Fairtrade-Town“ nächste Schritte zu überlegen, das Bewusstsein für Fairtrade durch gezielte Aufklärung zu stärken. „In der öffentlichen Wahrnehmung werden heute Biosiegel deutlich stärker wahrgenommen als das Fairtrade-Label. Für uns ist aber unter ethischen Gesichtspunkten klar: Auf Bio muss man nicht verzichten, auf Fairtrade kann man nicht verzichten“, so Stefan Evers.



Fairtrade-Produkte garantieren bessere Lebens- und Arbeitsbedingungen der Produzenten. Foto: Brooke Fuller, Fotolia.com

CDU-Direktkandidat für den Wahlkreis VI (Alt-Wilmersdorf):

Stefan Evers

Bürgerbüro:
Otto-Suhr-Allee 100
10585 Berlin

Tel.: (030) 341 35 34
mitmachen@berlin.de
www.stefan-evers.de



Kiezesgespräch der CDU-Fraktion

Verkehrssituation am Leon-Jessel-Platz soll verbessert werden

Der Leon-Jessel-Platz hat ein Problem: Autofahrer nutzen die Sigmaringer Straße derzeit oft als Abkürzung zum Hohenzollern-damm. Sie versuchen so, den Rückstau auf der Brandenburgischen Straße bzw. die dortige Ampelkreuzung zu umgehen.

Nur wenige nehmen jedoch Rücksicht darauf, dass es sich bei der Sigmaringer Straße aufgrund der Spielstraßenregelung um eine sogenannte „Mischfläche“ handelt. Die Fahrbahn ist damit nicht allein den Autofahrern vorbehalten, zum Beispiel ist immer mit spielenden Kindern zu rechnen.

Gerade in der warmen Jahreszeit herrscht am Leon-Jessel-Platz und vor den umgebenden Schulen und Kinderläden große Betriebsamkeit. Entsprechend berechtigt ist der Wunsch der Anwohner, den verkehrsberuhigten Bereich vor dem Durchgangsverkehr zu schützen.

Leider bewies die ehemalige Verkehrsstadträtin Martina Schmiedhofer (Grüne) wenig Gespür für ein tragfähiges Verkehrskonzept in diesem Bereich. Sie schlug den Anwohnern ohne Rücksprache mit dem Verkehrsausschuss vor, die Sigmaringer Straße am Platz durch Poller zu sperren und einen Wendekreis einzurichten. Für diese Idee bat sie die Kiezinitiative anschließend, eine möglichst große Zahl an Unterschriften zu sammeln. So sollte der Handlungsbedarf untermauert werden.

„Das war leider typisch grüne Verkehrspolitik aus dem Bauch(laden), aber ohne den nötigen planerischen Sachverstand. Weder war das Konzept mit der Berliner Feuerwehr abgestimmt, noch hat es die Bedürfnisse des örtlichen Lieferverkehrs berücksichtigt. Davon abgesehen hätte seine Umsetzung den Parkdruck in der Umgebung verschärft“, meint hierzu der Verkehrsexperte der CDU-Fraktion, Stefan Evers. So konnte es nicht überraschen, dass sich auch gegen die Sperrung der Straße hunderte Anwoh-

ner in einer weiteren Unterschriftensammlung engagierten. Der neue Verkehrsstadtrat Marc Schulte (SPD) informierte zuletzt den Verkehrsausschuss darüber, dass er das Konzept seiner Vorgängerin nicht umsetzen werde – ohne allerdings eine Alternative vorzustellen.

Zum Ergebnis des Kiezesgesprächs der CDU-Fraktion am vergangenen Mittwoch äußerte sich Evers im Anschluss des Treffens optimistisch: „Wir haben Lösungsvorschläge für den Bereich



Dialogdisplays würden Autofahrer zum langsamen Fahren animieren. Foto: Archiv

am Leon-Jessel-Platz entwickelt und mit den Wortführern der beiden Unterschriftensammlungen diskutiert. So ist es uns gelungen, einen guten Kompromiss zu erzielen, den ich nun dem Bezirksamt zur Umsetzung vorschlagen werde.“ Im Einzelnen sieht der Vorschlag vor:

- Umwandlung der Sigmaringer Straße in eine sogenannte „Unechte Einbahnstraße“ (Sperrung für den Durchgangsverkehr aus Richtung Brandenburgische Straße)
- Markierung der Fahrbahn mit „Tempo 10“
- Vorübergehende Aufstellung eines oder mehrerer ‚Dialogdisplays‘ zur Durchsetzung der Geschwindigkeitsbeschränkung am Platz
- Prüfung der vorhandenen Möglichkeiten zur Fahrbahnverengung